

# „Nicht von null auf hundert“

**Bildung** Kultusministerin Eisenmann bereitet den Wiedereinstieg von Kitas und Schulen vor. Bis zur Rückkehr zum Normalbetrieb dürfte es noch länger dauern. *Von Roland Muschel*

Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) stimmt Eltern, Pädagogen und Schülern auf eine Verlängerung der seit drei Wochen anhaltenden Ausnahme-situation ein. „Bund und Länder haben sich zu Recht darauf geeinigt, die Kontaktsperren bis zum 19. April zu verlängern. Schon daraus leitet sich ab, dass es am 20. April an Schulen und Kitas nicht schlagartig normal weitergehen kann“, sagte Eisenmann dieser Zeitung. Erst an dem Tag, an dem erkennbar sei, „dass die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus wirken, können wir über einen Wiedereinstieg nachdenken.“

Gleichwohl bereitet sich ihr Haus auf alle möglichen Optionen vor. „Wir müssen überlegen, wie wir am Tag X an Schulen und Kitas schrittweise wieder mit dem Betrieb beginnen können. Dafür arbeiten wir an unterschiedlichen Szenarien“, sagte die Ministerin. Ein Szenario könne sein, „dass man zunächst die Prüfungsklassen in allen Schularten in ansonsten leeren Schulgebäuden und bei verschärften Hygienemaßnahmen unterrichtet“. In den Grundschulen könnten etwa an einigen Tagen die Klassen eins und zwei, an anderen die Klassen drei und vier kommen. „Das müssen wir auch noch mit den Verbänden und den Schulträgern besprechen.“ Natürlich bereite sich

ihr Haus auch für den Fall vor, dass die Schulen bundesweit bis zum Sommer geschlossen bleiben. Allerdings gehe sie derzeit davon aus, dass die auf Mitte Mai verlegten Prüfungen auch stattfinden könnten.

Komplizierter sei die Situation an den Kitas, so die CDU-Politikerin. „Da können wir schlecht sagen: heute kommen die fünf Kinder und morgen die anderen fünf. Da müssen sich alle im Klaren darüber sein, dass sich das noch ziehen kann.“ Die Notfallbetreuung bleibe aber in jedem Fall aufrechterhalten.

Eine Entscheidung für ein bestimmtes Szenario gebe es noch nicht, das hänge von der weiteren Entwicklung und der Einschätzung der Gesundheitsbehörden ab. Eisenmann kündigte aber an, dass sie Schulen und Kitas „spätestens Mitte kommender Woche“ sagen

werde, wie es konkret weitergeht, um ihnen eine gewisse Planungssicherheit zu gewährleisten. „Wir brauchen auch einen gewissen Vorlauf, weil wir auch bei den Lehrerinnen und Lehrern Risikogruppen haben wie Ältere oder



Kultusministerin  
Susanne  
Eisenmann  
(CDU).  
Foto: Sebastian  
Gollnow/dpa

Schwangere.“ Nach ersten Schätzungen, meint die Ministerin, werden etwa 20 Prozent der Pädagogen gar nicht arbeiten können. „Auch deshalb müssen wir frühzeitig planen.“

Dass die Rückkehr zum Normalbetrieb noch einige Zeit dauern wird, steht bereits fest. „Klar ist: Wir können nach den Oster-

ferien nicht von null auf hundert starten. Das will ich auch den Eltern frühzeitig kommunizieren, damit sich niemand falsche Hoffnungen macht.“

Die macht sich der Philologenverband auf keinen Fall. Landeschef Ralf Scholl sieht einen möglichen Wiederbeginn des Schulbetriebs nach den Osterferien skeptisch: „Ich gehe nicht davon aus, dass vor Mitte Mai irgendein Unterrichtsbetrieb an den Schulen stattfinden kann.“ Dass dies der früheste realistische Zeitpunkt sei, zeigten die Erfahrungen in China. Die Vorbereitung des Kultusressorts auf verschiedene Szenarien mache aber Sinn. Der Verband rief die Schulträger auf, die sanitären und hygienischen Bedingungen an den Schulen rasch zu verbessern. Wenn der Unterricht wieder starte, müsse es an jeder Schule genügend warmes Wasser, Seifenspender und Hände-Desinfektionsmittel geben, forderte Scholl.

Derweil macht der Verband Bildung und Erziehung (VBE) nach der dritten Woche der Schulschließungen „eine gewisse emotionale Vereinsamung“ der Schüler aus. „Ebenso melden uns die Lehrkräfte zurück, dass ihnen der direkte Kontakt mit der Klasse fehlt“, sagte VBE-Landeschef Gerhard Brand. Nach Wochen des Improvisierens wünschten sich die Kollegen zudem wieder „eine langfristige Perspektive und Planungssicherheit“.



## Sommersemester soll am 20. April starten

**An den Hochschulen** soll das Sommersemester in diesem Jahr trotz Corona-Krise in ganz Deutschland stattfinden und am 20. April beginnen. Darauf haben sich nach Angaben der Hamburger Bildungsverwaltung die Wissen-

schaftsministerien der Bundesländer verständigt. Man habe sich auf einen gemeinsamen Rahmen für die Ausgestaltung des Sommersemesters geeinigt.

**Der Lehr- und Forschungsbetrieb** solle so

weit wie möglich stattfinden, hieß es in einer Mitteilung. „Aus dem Umstand, dass Leistungen, die aufgrund der Corona-Pandemie nicht erbracht werden können, soll den Studierenden kein Nachteil entstehen.“ dpa